

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 05.05.2011 um 17.05 Uhr  
im Sitzungssaal des Rathauses

---

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

USW-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Schmidt  
Stadträtin Richter  
Stadtrat May

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser  
Stadträtin Schwab

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul  
Stadträtin Kahnt

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp  
Stadträtin Wachter

KIK-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe

Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Böhm

Berufsmäßiger Stadtrat:

Berichterstatter: Verwaltungsrat Hartner  
Oberrechtsrätin Schmöger  
Stadtplaner Pohl  
Stadtkämmerer Weber  
Frau Dietrich-Strelow (LRA) (Ziffer I)

Protokollführerin: Verwaltungsfachangestellte Schlier

Als Gäste: Stadträtin Stocker  
Stadträtin Glos  
Stadtrat Schardt  
Ortssprecherin Schlötter

Entschuldigt fehlten: Bgmin. Regan  
2. Bgm. Christof

## Feststellung gemäß § 22 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig.

### 1. Neukonzept Haus Marienthal vom 31.03.2011 auf Weiterführung des Hortbetriebes in angemieteten Räumen

#### A. Oberbürgermeister Müller erläutert ausführlich die Sachlage.

Stadträtin Endres-Paul übt starke Kritik an der unstrukturierten und schlechten Vorbereitung der Sitzungsvorlagen durch die Verwaltung, sowie die nicht erhaltene Reaktion auf diverse Anträge. Des Weiteren fordert Stadträtin Endres-Paul zeitnah (noch vor der Sommerpause) einen runden Tisch einzuberufen, um ein Gesamtkonzept zu erstellen, welches Ferienbetreuung und Ferienpass beinhalten sollte. Da es keine vergleichbaren Einrichtungen mehr gibt, bzw. keine Möglichkeit bestehe, Andere zu fördern, weil alle Mittel bereits verbraucht seien, erkenne man eine Monopolstellung des Hort Marienthal. Die Qualität und Notwendigkeit ist zwar erkennbar, jedoch gehen alle anderen Institutionen voraussichtlich leer aus. Ursprünglich waren die Mittel für einen Neubau angedacht, nun habe man ein Provisorium. Die finanzielle Situation des Haus Marienthal war bislang nicht bekannt, beanstandet Stadträtin Endres-Paul. Nun sollte die Stadt Kitzingen laut Beschlussentwurf die Kinderbeförderung zusätzlich übernehmen. Die Anregung, man könne ein Sponsoring bei Firmen anfragen, ist nicht erfolgt.

Abschließend fasst Stadträtin Endres-Paul zusammen, dass durch die unsaubere Vorbereitung der Verwaltung ein derartiger Zeitdruck entstanden sei, dass dem Gremium keine andere Möglichkeit mehr bleibt, wenn weiterhin das Bestehen eines Hortes gewünscht sei. Unter der Bedingung, in den Beschluss die Einberufung des genannten runden Tisches vor der Sommerpause mit Anwesenheit der Organisationen/ Institutionen aufzunehmen, gibt die SPD-Fraktion ihre Zustimmung bekannt.

Oberbürgermeister Müller weist die Vorwürfe gegen die Verwaltung zurück und betont, die Verwaltung habe durchgehend eine gute Vorbereitung geleistet und bittet dies künftig zu honorieren.

Stadträtin Kahnt informiert sich konkret darüber, ob bei der BIMA bereits angefragt wurde, ob eine Weitervermietung des Youth Clubs in den Marshall Heights möglich sei oder ob es alternativ eine Ausweichmöglichkeit gebe. Oberbürgermeister Müller klärt auf, dass es seitens der Stadt Kitzingen derzeit keine anderen Räumlichkeiten gebe und betont, dass auch diese Regelung nur eine Übergangslösung darstellen könne. Nach Aussage von Verwaltungsamtfrau Hartmann könne sich die BIMA eine Weitervermietung vorstellen, berichtet Müller weiter. Stadträtin Wallrapp zeigt sich verärgert über die im Nachgang aufkommenden Kosten, wie z. B. Neben-, Unterhalts-, Fahrtkosten und betont, die FW-Fraktion stehe weiterhin hinter dem Beschluss vom 22.02.2011. Einem zusätzlichen Zuschuss könne sie lediglich als Übergangslösung für ein Jahr zustimmen, aber maximal 25.000 €. Auf Anfragen von Stadträtin Kahnt und Stadträtin Schmidt betont Oberbürgermeister Müller besonders, dass die Haus Marienthal gGmbH gewisse Forderungen gestellt habe und das Gremium nun zu entscheiden habe, ob es dem zustimmt oder diese ablehnt. Dem Stadtrat muss aber auch die Konsequenz klar sein, dass bei Ablehnung im nächsten Jahr kein Hort mehr existiere. Stadtkämmerer Weber erklärt die Situation aus haushaltsrechtlicher Sicht, stuft aber aus aktuellem Anlass eine Lösung für die Familien als vorrangig ein.

#### B. **Ohne Abstimmung**

A: Für den Weiterbetrieb des Hortes in Kitzingen durch den Betriebsträger Haus Marienthal e.V. im Schuljahr 2011/12 und 2012/13 werden folgende Rahmenbedingungen

beschlossen:

1. Die Stadt Kitzingen mietet das Gebäude Nr. 341 in der Marshall-Heights-Kaserne ab Auszug der St.-Martin-Schule bis 31. August 2013 (wenn dies soweit im Voraus möglich ist) von der BIMA an, trägt die Energiekosten und hält es instand.
2. Die Stadt KT trägt die Fahrtkosten von den beiden Schulstandorten zur Marshall-Heights-Kaserne für den Besuch des Hortes.
3. Die Stadt KT erkennt in diesem Gebäude bis zu 50 Plätze als bedarfsnotwendig an.
4. Die Stadt Kitzingen gewährt für den Hortbetrieb in diesem Gebäude neben dem städt. Anteil an den BayKiBiG-Zuschüssen einen weiteren laufenden Zuschuss in Höhe von 50 % dieser Zuschüsse für bis zu 50 Plätze.

Die Verwaltung wird ermächtigt, die entsprechenden Verträge mit dem Hort-Betriebsträger und der BIMA abzuschließen.

**- Alternativ -**

B: Es bleibt bei der bisherigen Beschlusslage.

2. Stadtentwicklung - Gestaltungsleitfaden Innenstadt

A. Stadtplaner Pohl geht ausführlich auf die Sitzungsvorlage ein und stellt das künftige Faltblatt bezüglich der Richtlinien für Sondernutzung in der historischen Altstadt vor. Stadtrat Moser bedankt sich beim Stadtmarketingverein und bittet das Gremium um Zustimmung. Auf Anfrage von Stadträtin Kahnt klärt Oberbürgermeister Müller auf, dass die Förderung in Höhe von max. 500 €/Antragsteller auf Empfehlung des Stadtentwicklungsbeirates festgehalten wurde. Daraufhin betont Stadträtin Wallrapp, dass die Förderung als Anreiz angedacht sei, es solle keine Komplettfinanzierung durch die Stadt Kitzingen erfolgen, daher ist der Zuschuss vollkommen ausreichend. Stadtrat May schließt sich den Vorrednern mit dem positiven Lob an und bittet zusätzliche Anfragen mit dem Stadtrat abzusprechen, bevor eine direkte Ablehnung ausgesprochen wird. Auf Nachfrage von Stadtrat Popp bestätigt Stadtplaner Pohl, dass die Freisitzbetreiber ebenso befragt wurden.

B. **Mit 13 zu 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt den Gestaltungsleitfaden für die Innenstadt gemäß beiliegender Fassung.
3. Der Stadtrat beschließt darüber hinaus, jährlich € 10.000,-- Fördermittel als Zuschuss in den Haushalt einzustellen – zweckgebunden an den Gestaltungsleitfaden.

3. Bausachen - BGV-Nr. 29/2010; Errichtung einer Klein-WC-Anlage am Landschaftssee Hohenfeld; hier: Grundsatzentscheidung

- A. Oberbürgermeister Müller korrigiert nach kurzer Diskussion den Beschlussentwurf und schlägt seitens der Verwaltung Variante 2 vor. Stadträtin Stocker informiert darüber, dass die Hohenfelder Vereine sich bereit erklärt haben, Eigenleistungen zu erbringen. Stadträtin Wachter erklärt, Herr Sattes habe sich für Variante 1 ausgesprochen und schließt sich diesem an, woraufhin Oberbürgermeister Müller betont, dass diese Variante zu kostenaufwendig sei. Stadtrat Schmidt schließt sich der Sicht von Oberbürgermeister Müller an und schlägt vor, die Höhe des Zuschusses noch nicht festzulegen. Stadtplaner Pohl bestätigt, die Höhe müsse noch nicht entschieden werden, wichtig sei erst einmal der Beschluss, ob ein Zuschuss gewährt werde. Stadträtin Endres-Paul stimmt von Seiten der SPD-Fraktion der Notwendigkeit einer WC-Anlage grundsätzlich zu. Auf Anfrage von Stadträtin Schwab bestätigt Oberbürgermeister Müller, dass es kein Problem sei, den Strom in der Halle anzuschließen.

**B. Mit 12 zu 1 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Finanzausschuss stimmt der finanziellen Beteiligung an der Errichtung einer Klein-WC-Anlage am Landschaftssee Hohenfeld grundsätzlich zu, maßgeblich ist dabei die Variante 2.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Antragssteller und den Fachbehörden einen geeigneten Standort sowie Umsetzungslösungen zu prüfen.

4. Bildung von Haushaltseinnahme- und Haushaltsausgaberesten des Haushaltsjahres 2010 zur Übertragung in das Haushaltsjahr 2011

**Mit 13 zu 0 Stimmen**

I. Haushaltseinnahmereste

Die beim Sachbuchabschluss für das Haushaltsjahr 2010 noch nicht angeordneten Einnahmen des Vermögenshaushalts werden in Höhe von 2.980.110 € als Haushalts-einnahmereste in das Haushaltsjahr 2011 übertragen.

II. Haushaltsausgabereste

Die beim Sachbuchabschluss für das Haushaltsjahr 2010 noch nicht verbrauchten Ausgabemittel des Vermögenshaushalts werden in Höhe der folgenden Beträge als Haushaltsausgabereste in das Haushaltsjahr 2011 übertragen:

Alte Reste	2.681.248,47 €
Neue Reste	<u>5.810.388,86 €</u>
<b>Haushaltsausgabereste insgesamt</b>	<b><u>8.491.637,33 €</u></b>

III. Es besteht Einverständnis damit, entsprechend dem Ergebnis der Jahresrechnung 2010 die Haushaltsreste zu ändern.

5. Regionalplanung: Stellungnahme der Stadt Kitzingen zur Errichtung eines IKEA-Homeparks auf der Fläche der Stadt Würzburg

**Mit 12 zu 1 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Finanzausschuss äußert sich innerhalb des eingeleiteten Raumordnungsverfahrens wie folgt:

„Die Stadt Kitzingen nimmt die dem Schreiben der Regierung von Unterfranken vom 28.03.2011 beigefügte Anlage zur Kenntnis und weist auf Folgendes hin:

- a. Die Äußerung im Bericht „IKEA Homepark Würzburg – Ansiedlung ergänzender Fachmärkte. Prüfung von Standortalternativen. Darstellung der Auswirkungen auf den Einzelhandel“, dass es sich um eine teilintegrierte Lage mit starker Tendenz zu einer integrierten Lage handelt, kann nicht nachvollzogen werden. Bei dieser Entwicklung handelt es sich um die Erweiterung und Verfestigung eines vom abgesetzten Hauptsiedlungskörper liegenden Areals. Diese stellt sich als punktuelle Siedlungserweiterung in nord-westliche Richtung über die Bundesstraße 19 dar, die bis in jüngere Vergangenheit die deutliche Zäsur zum unverbrauchten Landschaftsraum bildete.
- b. Im o.g. Bericht geäußerte Angaben zu zentrenrelevanten Sortimenten mögen im Wesentlichen fachlich korrekt sein. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass auch Umverteilungen unterhalb der festgestellten Abschöpfungsquote geeignet sein können, städtebaulich negative Folgen vor allem auf Stadtkernbereiche zentraler Orte zu verursachen.

6. Anfrage von Stadtrat Moser bezüglich Baugenehmigungen von Verbrauchermärkte nahe der Gemarkung Kitzingen;  
hier: Baugebiet Fröhstockheim

Stadtrat Moser erklärt, in Fröhstockheim entstehe ein großer Elektrofachmarkt und möchte den Ablauf solcher Entscheidungen in Erfahrung bringen, da dieser zirka 2 Kilometer von Kitzingen entfernt sei und auch hier das Zentrenkonzept gelten müsse. Stadtplaner Neumann erläutert, die Gemeinde Rödelsee habe vor einigen Jahren einen Bebauungsplan aufgestellt und scheinbar für diesen Rechtskraft erhalten. Er geht aber davon aus, dass die Stadt Kitzingen seiner Zeit im Bebauungsplanverfahren beteiligt war, sich jedoch nicht negativ geäußert hat. Weiter meint er, dass die Stadt Kitzingen eine Prüfung durchführen lassen könnte, wenn tatsächlich der abgegrenzte zentrale Bereich städtebaulich beeinträchtigt wird, da der Markt in Fröhstockheim entstanden ist und eventuell dagegen vorgehen könne. Ihm sind jedoch das Vorhaben sowie das genaue Sortiment aktuell nicht bekannt. Stadtrat Moser bemängelt außerdem grundsätzlich die Zulassung eines solch großen Gewerbegebietes in unmittelbarer Nähe zur Kitzinger Gemarkung.

7. Auszeichnung zur Gentechnikanbaufreien Stadt Kitzingen

Oberbürgermeister Müller informiert darüber, dass das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit die Stadt Kitzingen zur Gentechnikanbaufreien Stadt ausgezeichnet habe und verliest die Urkunde.

**Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 19.15 Uhr.**

Oberbürgermeister

Protokollführerin